



Baden-Württemberg

Das Bundesland Baden-Württemberg im Südwesten Deutschlands ist eine der wohlhabendsten Regionen Europas und hat in Deutschland und der EU eine Vorreiterrolle inne. Zwar unterliegt das Bundesland der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik, doch hat Baden-Württemberg darüber hinaus eigene Initiativen ergriffen, um das politische Ziel zu erreichen, insbesondere in Deutschland und der EU eine Taktgeberfunktion zu übernehmen. So hat Baden-Württemberg zusammen mit Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland ein eigenes Klimaschutzgesetz verabschiedet. Auf Grundlage dieses Gesetzes sowie unter breiter öffentlicher Beteiligung wurde ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) entwickelt. Das IEKK umfasst mehr als 100 Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und entspricht den Anforderungen der Energiewende sowie des Atomausstiegs.

Im IEKK werden auch Emissionsminderungsziele für so wichtige Bereiche wie Stromerzeugung, Industrie und Verkehr festgelegt. Die dafür notwendige Grundlage wurde aus einem Energieszenario für Baden-Württemberg abgeleitet, das mögliche Wege zur Erreichung der Emissionsminderungsziele aufzeigt. Dabei wurden die künftigen Energiebedarfe der verschiedenen Sektoren sowie der mögliche Bedarfsdeckungsgrad durch erneuerbare Energien ermittelt. Treibhausgasemissionen entstehen vor allem in drei Sektoren: Strom- und Wärmeerzeugung (ca. 23 Prozent), Verkehr (etwas mehr als 28 Prozent) und Energieverbraucher in Haushalten und Kleinunternehmen (ca. 23 Prozent). Etwa ein Drittel der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg fallen unter den EU-Emissionshandel (ETS). Das weltweit erste ETS wurde in einer Pilotphase von 2005 bis 2007 eingeführt. 2021 beginnt die vierte Phase, in der die Emissionsrechte in der EU danach jährlich um 2,2 Prozent statt wie bisher um -1,74 Prozent reduziert werden.

Baden-Württemberg strebt an, den Treibhausgasausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 25 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent zu reduzieren. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben beschlossen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken, wozu Baden-Württemberg einen angemessenen Beitrag leisten will. Ferner hat die EU beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien zur Deckung des Primärenergiebedarfs bis 2030 auf 27 Prozent zu steigern und gleichzeitig den Energieverbrauch um 27 Prozent zu verringern.

Ausgangspunkt:

Einwohnerzahl: 10,8 Mio. (2013)

BIP: 37.472 EUR pro Kopf (2013)

Land: Deutschland

Treibhausgasemissionen (p.a.): 76 Mio. Tonnen (2012)

Konkrete Maßnahmen und Selbstverpflichtungen:

I. Treibhausgasemissionen:

Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 25 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent zurückgehen. Diese Ziele sind im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg festgeschrieben, das am 17. Juli 2013 vom Landtag verabschiedet wurde. Vor diesem Hintergrund wurde das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) entwickelt. Zur Weiterentwicklung des IEKK wird ein Monitoring-Programm mit regelmäßiger Fortschrittsüberwachung auf den Weg gebracht. Baden-Württemberg beabsichtigt, einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele zu leisten, die bis 2030 eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent vorsehen.

II. Erneuerbare Energien:

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll bis 2020 auf bis zu 25 Prozent steigen. Das Klimaschutzziel, das Baden-Württemberg bis 2030 anstrebt, wird in Abhängigkeit von der Umsetzung des EU-Klimaschutzziels für 2030 (Anteil der Erneuerbaren von 27 Prozent) angepasst. Seit 2011 hat Baden-Württemberg die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Planung von Windparks verbessert. 2013 stammten 23 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. In Deutschland wird die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert. Auf Bundesebene gilt zudem das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz für Neubauten. Außerdem nutzt Baden-Württemberg weitere Förderinstrumente für Bestandsgebäude. So muss der Hauseigentümer beim Einbau einer neuen Heizungsanlage erneuerbare Energien einsetzen; alternativ kann er auch die Energieeffizienz des Gebäudes verbessern, indem er beispielsweise das Dach oder die Fassade besser dämmt.

III. Energieeffizienz:

Bis 2020 wird der Gesamtenergiebedarf gegenüber 2010 um 16 Prozent zurückgehen. Die EU will die Energieeffizienz bis 2030 um 27 Prozent steigern. Baden-Württemberg fördert die Energieeffizienz durch zahlreiche Maßnahmen. Dazu gehören ein Netz aus Regionalen Energieagenturen, die Haushalte und Unternehmen beraten, Kampagnen zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden, Zuschüsse zur energetischen Gebäudesanierung für Haushalte sowie Zuschüsse für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Baden-Württemberg misst der Kraft-Wärme-Kopplung, idealerweise im Zusammenspiel mit der Nutzung erneuerbarer Energien, große Bedeutung bei. Das Bundesland ermutigt Kommunen und Stromerzeuger dazu, weitere Nahwärmenetze aufzubauen.

IV. Nachhaltige Mobilität:

Baden-Württemberg hat in Sachen nachhaltige Mobilität eine Vorreiterrolle inne. So ist geplant, die Treibhausgasemissionen im Sektor Transport und Mobilität bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent und bis 2050 um 70 Prozent zu senken. Zu diesem Zweck müssen verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, wie beispielsweise die Förderung der Fahrradnutzung, des öffentlichen Personen(nah)verkehrs sowie der Elektromobilität. Um

kontinuierliche Fortschritte im Hinblick auf diese Ziele zu gewährleisten, wurden zahlreiche Unterziele vereinbart. So beabsichtigt Baden-Württemberg, den Anteil des Fahrradverkehrs zwischen 2008 und 2020 von 8 auf 16 Prozent zu steigern und dafür zu sorgen, dass bis 2020 im Land 200.000 Elektrofahrzeuge genutzt werden.

V. Vorreiterrolle des Staates:

Die Landesverwaltung will bis 2040 nahezu klimaneutral arbeiten. Deshalb hat Baden-Württemberg zur Verringerung des Energieverbrauchs der Landesbehörden ein umfassendes Programm zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden aufgelegt und schafft verstärkt Elektrofahrzeuge für die landeseigenen Fahrzeugflotten an. Außerdem soll ein größerer Teil des staatlichen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

VI. Emissionshandel:

Die baden-württembergische Industrie beteiligt sich am EU-Emissionshandel (ETS). Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, das ETS zu einem effizienten Instrument zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und für den Klimaschutz weiter zu entwickeln.